

62. Sitzung

Freitag, den 27. Februar 2009

Mainz, Deutschhaus

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2009/2010

(Nachtragshaushaltsgesetz 2009/2010)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/3113 –

Erste Beratung 3785

Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des

Landesfinanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3124 –

Erste Beratung 3785

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3113 – sowie der

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3124 – werden an

den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. 3802

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	3789
Abg. Hartloff, SPD:	3793, 3801
Abg. Mertin, FDP:	3797
Abg. Schreiner, CDU:	3799
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	3785
Präsident Mertes:.....	3785, 3788, 3793
Vizepräsidentin Frau Klamm:	3797, 3799, 3801, 3802

**62. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 27. Februar 2009**

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 62. Plenarsitzung im Landtag begrüßen.

Zu schrifführenden Abgeordneten berufe ich Frau Steinruck und Herrn Dr. Gebhart. Letzterer führt die Rednerliste.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Meine Damen und Herren, gibt es zur Tagesordnung von Ihnen Wünsche oder Hinweise? – Ich darf darauf hinweisen, die beiden Tagesordnungspunkte sollen gemeinsam aufgerufen und beraten werden. Die Grundredezeit für die Fraktionen beträgt 45 Minuten.

Es wird dann vorgeschlagen werden, die Gesetzentwürfe an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Ich rufe die **Punkte 1 und 2** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009/2010)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/3113 –

Erste Beratung

Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Landesfinanzgleichsetzungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3124 –

Erste Beratung

Das Wort hat Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2009 und 2010 sind gerade drei Monate vergangen. Dass wir Ihnen heute bereits einen Nachtrag vorlegen – im Übrigen den ersten Nachtrag seit 2003 –, zeigt die ganze Dramatik der Entwicklung auf den Finanz- und Realmärkten der vergangenen Monate.

Schon im Oktober war die Lage auf den Finanzmärkten besorgniserregend. Insolvenzen und Übernahmen im Bankensystem führten zu einem massiven Vertrauensverlust der Banken untereinander mit der Folge, dass noch im Oktober ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte notwendig wurde.

Inzwischen ist die Krise auch in der Realwirtschaft offenkundig. Ab Oktober des letzten Jahres brachen nach

fünf Jahren stetiger Aufwärtsentwicklung die Auftragseingänge und kurz danach die Produktion in der deutschen Industrie massiv ein.

Rechnete die Bundesregierung ursprünglich mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2 % in 2009, so geht sie in ihrem im Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 2009 bereits von einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,25 % aus. Deutschland sieht sich damit einer Rezession gegenüber. Dabei ist zu vergegenwärtigen, dass wir uns noch im Frühjahr 2008 in der Spätphase eines konjunkturellen Booms befanden.

Die Brisanz der gegenwärtigen Entwicklung besteht darin, dass sowohl auf den Finanzmärkten als auch den Realmärkten ein Prozess der sich selbst verstärkenden Abwärtsentwicklung verhindert werden muss. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich Finanz- und Konjunkturkrise zusätzlich gegenseitig intensivieren.

In dieser Situation ist aktives Handeln des Staates gefordert. Nur durch eine schnelle Erhöhung der staatlichen Nachfrage und eine zielgerichtete Stärkung der privaten Nachfrage lässt sich eine Abwärtsspirale verhindern.

Noch vor einem Jahr war es schwierig, in Deutschland einen renommierten Ökonomen zu finden, der eine aktive Konjunkturpolitik des Staates grundsätzlich befürwortete. Heute werden Sie keinen Ökonomen mehr finden, der ernsthaft die Notwendigkeit staatlicher Konjunkturstützung anzweifelt.

Als Land haben wir bereits im verabschiedeten Doppelhaushalt erste stabilisierende Maßnahmen eingeleitet. Der Bürgschaftsrahmen wurde von 400 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro im Jahr aufgestockt, um den Betrieben zu helfen, die durch die Konjunktur- und Finanzkrise unverschuldet in Liquiditätsprobleme geraten sind.

Daneben wurden das Bürgsverfahren beschleunigt, eine Koordinierungsstelle zur Soforthilfe im Wirtschaftsministerium eingerichtet und eine regionale sowie unternehmenskonzentrierte Beschäftigungsförderung auf den Weg gebracht.

Bereits in der Einbringungsrede zum Doppelhaushalt habe ich deutlich gemacht, dass wir im Falle eines konjunkturellen Steuereinnahmeneinbruchs die Talfahrt nicht durch die Streichung öffentlicher Aufträge beschleunigen werden. Die geplanten Investitionen des Landes im Doppelhaushalt 2009 und 2010 werden vollständig durchgeführt, obwohl sich die Steuereinnahmen des Landes aufgrund des konjunkturellen Einbruchs deutlich schlechter entwickeln werden als erwartet. Im nun vorgelegten Nachtragsentwurf führt dies dazu, dass für 2009 und 2010 aufgrund der Steuerausfälle eine höhere Neuverschuldung in Kauf zu nehmen ist.

(Schreiner, CDU: Eine halbe Milliarde Euro!)

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, durch zusätzliche staatliche Nachfrage die konjunkturelle Abwärtsbewegung zu bremsen. Hierbei müssen Bund, Länder

und Kommunen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Der Bund ist in der Pflicht, da aktive Konjunkturpolitik seine Aufgabe ist. Länder und Kommunen sind als Hauptträger öffentlicher Infrastruktur in der Pflicht, das Bundesprogramm schnell und wirksam umzusetzen.

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2009, also vor einer Woche, mit breiter Mehrheit das Konjunkturpaket II über 50 Milliarden Euro beschlossen. Der sogenannte Pakt für Wirtschaft und Beschäftigung umfasst Steuererleichterungen, niedrigere Krankenversicherungsbeiträge sowie Hilfen für Unternehmen und Familien.

Daneben enthält er ein umfangreiches Investitionsprogramm im Gesamtvolumen von 14 Milliarden Euro. Davon sind 4 Milliarden Euro für Investitionen des Bundes und 10 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen der Länder und Kommunen vorgesehen. Auf Rheinland-Pfalz entfallen von den Finanzhilfen des Bundes 468,8 Millionen Euro. Ergänzend stellen Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz Kofinanzierungsanteile über 156,3 Millionen Euro bereit. Das gesamte Investitionsvolumen in Höhe von 625,1 Millionen Euro wird in dem neu aufgelegten Sonderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“ gebündelt.

Im Rahmen des Konjunkturprogramms werden Investitionen gefördert, die zwischen dem 27. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2010 begonnen und bis zum 31. Dezember 2011 beendet werden. 50 % der Mittel sollen möglichst schon im laufenden Jahr abgerufen werden, um die gewünschten konjunkturellen Auswirkungen zu erzielen.

Gemäß Zukunftsinvestitionsgesetz dienen 65 % des Sonderprogramms, also 406,3 Millionen Euro, der nachhaltigen Förderung der Bildungsinfrastruktur. In Rheinland-Pfalz setzen wir den Schwerpunkt auf die Schulinfrastruktur. Wir fördern mit 100 Millionen Euro den Schulbau und mit rund 150 Millionen Euro die Schulsanierung, insbesondere die energetische Sanierung. Zusätzlich werden die Hochschulen und sonstigen Forschungsinstitute mit rund 110 Millionen Euro gefördert. Für die Sanierung von Kindertagesstätten wird im Rahmen des Konjunkturpakets ein eigenes Förderprogramm über 25 Millionen Euro aufgelegt. Mit diesen Maßnahmen unterstützt das Sonderprogramm gezielt den zukunftsgerichteten Ausbau der Bildungsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz.

35 % des Sonderprogramms und damit 218,8 Millionen Euro stehen für den Bereich sonstige Infrastruktur zur Verfügung. Die kommunale Infrastruktur wird neben den zuvor genannten Investitionen für Schulen und Kindertagesstätten mit 78,5 Millionen Euro gefördert. Dadurch können Projekte der Stadtentwicklung, die nachhaltige Gestaltung der Ortskerne und dringend notwendige Investitionen im Sportstättenbau realisiert werden.

Mit einem Investitionsvolumen von 82,5 Millionen Euro stellen der Krankenhausbau und die Verbesserung der Krankenhauseinrichtung einen weiteren Schwerpunkt im Bereich Infrastruktur dar.

20 Millionen Euro sind für kommunale Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Energieeffizienz und der Energieversorgung einschließlich erneuerbarer Energien vorgesehen. Die Breitbandversorgung im ländlichen Raum wird mit dem Leerrohrprogramm im Umfang von 6 Millionen Euro ausgebaut.

In Rheinland-Pfalz wird der überwiegende Teil der vorgesehenen Projekte über bestehende und bekannte Förderwege und -instrumente abgewickelt werden. Damit kann eine – gerade aus konjunkturpolitischer Sicht enorm wichtige – schnelle Projektprüfung und Bereitstellung der Mittel sichergestellt werden.

Über beide Investitionsschwerpunkte hinweg werden über 76 % des rheinland-pfälzischen Konjunkturpakets zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen eingesetzt.

(Beifall der SPD)

Damit übertrifft Rheinland-Pfalz die gesetzlichen Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Investitionsgesetzes deutlich.

In einem Rundschreiben unter der Federführung des Innenministeriums wurden die Kommunen bereits über die Umsetzung des zweiten Konjunkturprogramms in Rheinland-Pfalz informiert. Projektanträge sollten bis zum 20. März 2009 – Ausnahmen sind dem Rundschreiben zu entnehmen – den Aufsichtsbehörden vorgelegt werden. Bei der Auswahl der Projekte wird auf eine regional ausgewogene Verteilung der Mittel geachtet. Beispielsweise sind die Fördermittel für die neuen Aufgabenbereiche „Kindertagesstätten- und Schulsanierung“ in Rheinland-Pfalz nach Schlüsselzahlen – Schulkinder und Betreuungsplätze in Kindertagesstätten – zu verteilen, was ungefähr der Einwohnerverteilung entspricht. Bei allen Projekten wird jedoch vorab geprüft, ob die Bundesvorgaben erfüllt werden, um Rückforderungen zu vermeiden. Daneben werden wir die Investitionen bevorzugen, von denen höhere Konjunkturreffekte zu erwarten sind und bei denen dringender Handlungsbedarf besteht. Bei der Projektvergabe wird es kein Windhundverfahren nach dem Motto geben: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“.

(Schreiner, CDU: Nein, es geht nach Parteinähe! –

Zurufe von der SPD: Oh! –

Schreiner, CDU: Im pflichtgemäßen Ermessen, Herr Minister! –

Weitere Zurufe von der SPD –

Ramsauer, SPD: Wann bekommen Sie einmal Format? –

Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie Ihre Gespräche beendet haben, kann ich weitermachen.

Die Landesregierung wird bis Mitte Mai eine erste Förderliste mit Informationen über die geplanten Investitionen erstellen und dem Bund über die rheinland-pfälzischen Projekte berichten. Das Land wird in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen das Investitionsprogramm effektiv umsetzen.

Die Möglichkeit, sich an dem Sonderprogramm zu beteiligen, wird allen Kommunen dadurch gewährleistet, dass finanzschwächere Gemeinden und Gemeindeverbände wie bei den traditionellen Förderprogrammen mit einem erhöhten Fördersatz bezuschusst werden. Daneben erhalten alle Kommunen auf Antrag eine zinslose Vorfinanzierung der kommunalen Eigenanteile im Rahmen des Sonderprogramms. Hierdurch entlasten wir finanzschwache Kommunen und ermöglichen eine schnelle Umsetzung zusätzlicher Investitionen.

(Beifall der SPD)

Zudem erübrigt sich die Aufstellung eines Nachtragshaushalts.

Die zinslosen Darlehen werden die Kommunen erst in den Jahren 2012 bis 2015 in vier gleichen Jahresraten tilgen müssen. Mit Hilfe des dargelegten Sonderprogramms können wichtige Zukunfts- und Bildungsinvestitionen in Rheinland-Pfalz früher umgesetzt und die Infrastruktur des Landes modernisiert werden. Die zusätzlichen öffentlichen Aufträge werden die rheinland-pfälzische Wirtschaft stärken und somit zur Sicherung der Arbeitsplätze im Land beitragen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die Finanzierung des zweiten Konjunkturprogramms sowie die erwarteten Ausfälle bei den Steuereinnahmen machen jedoch Korrekturen im Doppelhaushalt 2009/2010 notwendig. Daher legt die Landesregierung dem Parlament einen Nachtragsentwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010 zur Beratung und Entscheidung vor. Die Absenkung der Steuereinnahmenansätze basiert auf der vom Bundesfinanzministerium vollzogenen Anpassung der Steuerschätzung vom November letzten Jahres, die der Bund im Zuge seines eigenen Nachtragshaushaltes für 2009 vornahm. Darin sind neben der konjunkturbedingten Neubewertung der zu erwartenden Steuereinnahmen die Auswirkungen der seit November verabschiedeten neuen Steuergesetze und die erwarteten Steuermindereinnahmen aufgrund der Wiedereinführung der Pendlerpauschale enthalten. Zusätzlich waren die steuerlichen Auswirkungen des Konjunkturpakets II und die Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen in der Einkommensteuer ab 2010 zu berücksichtigen.

Die für 2009 erwarteten Steuereinnahmen werden um 280 Millionen Euro unter denen des letzten Jahres liegen. Für 2010 wird mit einer Stagnation der Steuereinnahmen gerechnet. Insgesamt werden sich die Steuereinnahmenansätze um über 1,2 Milliarden Euro verringern.

Der zweite Block an Veränderungen für 2009 und 2010 betrifft die Finanzierungsströme des Investitionsprogramms. Die Ansätze für Einnahmen aus Zuweisungen für Investitionen und besondere Finanzierungseinnahmen werden in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils 312,5 Millionen Euro ausgeweitet, zusammengenommen also um 625 Millionen Euro. Darin sind die für Rheinland-Pfalz vorgesehenen Bundesmittel in Höhe von insgesamt 468,8 Millionen Euro enthalten. Die Landesmittel, die 156,3 Millionen Euro betragen, werden aus

der im Vorjahr mit Steuermehreinnahmen gebildeten Konjunkturausgleichsrücklage finanziert.

(Schreiner, CDU: Mit Kreditemächtigungen!)

– Die Diskussion ist anschließend zu führen! Wenn wir die Arbeitsteilung beachten könnten, wäre ich Ihnen dankbar. Ich trage vor, Sie können anschließend darüber diskutieren. Das ist vielleicht einfacher.

(Beifall der SPD)

Sie dienen mit insgesamt 54,7 Millionen Euro der zinslosen Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils und mit 36,5 Millionen Euro der Kofinanzierung für kommunale Projekte. Daneben trägt das Land die Eigenanteile für Landesprojekte und Krankenhäuser in Höhe von 61,4 Millionen Euro.

Das Ausgabenvolumen für die zinslose Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils ist derzeit noch nicht abschließend bezifferbar. Dies hängt zum einen davon ab, wie viele Kommunen von der Möglichkeit der zinslosen Vorfinanzierung Gebrauch machen werden, zum anderen variieren die kommunalen Eigenanteile in Abhängigkeit von der jeweiligen Finanzkraft der Kommune und je nach Förderprogramm. Dabei wird die Vergleichbarkeit zwischen dem Sonderprogramm und den traditionellen Förderprogrammen gewahrt. Falls der Eigenanteil der Kommunen im Durchschnitt 15 % des kommunalen Budgets übersteigt, können zugleich auch mehr kommunale Projekte aus dem Sonderprogramm gefördert werden. Das hat zur Folge, dass der vom Land zur Verfügung gestellte zinslose Kreditrahmen ausgeweitet wird und die Finanzierungskosten für das Land ansteigen werden. Der endgültige Umfang der zinslosen Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils steht deshalb auch erst im Jahre 2011 fest.

Ich bin sicher, dass der im Nachtragshaushalt eingestellte Betrag von 54,7 Millionen Euro im Ergebnis deutlich überschritten wird. Die zusätzlichen Ausgaben zur Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils werden dann im Landeshaushalt 2011 ausfinanziert.

Wie bereits erläutert, sind die Mittel des Sonderprogramms gemäß Zukunftsinvestitionsgesetz zu 65 % im Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur und zu 35 % im Investitionsschwerpunkt Infrastruktur einzusetzen. Im Bereich Bildungsinfrastruktur sind für 2009 und 2010 zusammen rund 406,3 Millionen Euro eingestellt worden. Damit verbleiben für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur rund 218,8 Millionen Euro.

Für diese Ausgabenschwerpunkte wurden neue Titel geschaffen, um die jeweiligen Förderungen im Rahmen des Konjunkturprogramms separat ausweisen zu können. Auf die Darstellung der vorgesehenen Dotierung jedes einzelnen Programms wurde im Nachtragshaushalt verzichtet. Zum einen macht die Nachweispflicht dem Bund gegenüber eine zentrale Veranschlagung sinnvoll. Zum anderen war nur so die schnelle Umsetzung eines Nachtragshaushalts sicherzustellen. Die Ressorts erhalten auf der Basis der vorgesehenen Maßnahmen Budgets für die Beanspruchung von Bundes- und Landesmitteln.

Im Nachtragshaushalt wird die geplante Nettokreditaufnahme 2009 1,155 Milliarden Euro und 2010 1,161 Milliarden Euro betragen. Der Anstieg der Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um 462 Millionen Euro und in 2010 um 498 Millionen Euro ist ausschließlich auf den Rückgang der geplanten Steuereinnahmen von mehr als 1,2 Milliarden Euro zurückzuführen und nicht auf die Finanzierung des Konjunkturpakets; denn dies geschieht aus der Konjunkturausgleichsrücklage.

In Ergänzung zur Kreditfinanzierung sind im Nachtragshaushalt Entnahmen aus Rücklagen von insgesamt 432,6 Millionen Euro für beide Jahre vorgesehen. Davon dienen 156,3 Millionen Euro der Finanzierung des Sonderprogramms und 276,3 Millionen Euro dem Ausgleich der konjunkturbedingten Steuerausfälle.

Da die Landesregierung mit der Bildung der Ausgleichsrücklagen wichtige Vorsorgemaßnahmen getroffen hat, legt das Land trotz der massiven Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts einen verfassungsgemäßen Nachtragshaushalt vor, ohne die entsprechende Ausnahmeklausel in Anspruch nehmen zu müssen.

Selbst wenn die von der Föderalismuskommission vorgeschlagene Schuldenbremse gelten würde, sähe der Nachtragshaushalt nicht anders aus als der, den wir Ihnen hiermit vorlegen.

(Beifall der SPD)

Die Schuldenbremse lässt nämlich unserem Haushalt bei konjunkturellen Krisen den notwendigen Spielraum und zwingt uns deshalb keineswegs zu einem prozyklischen Verhalten.

Im Übrigen wird es Angelegenheit des Landesgesetzgebers sein, in den nächsten Monaten die konkrete Ausgestaltung der landesrechtlichen Regelung zur Umsetzung der neuen Schuldenregel zu diskutieren und als Gesetzgeber tätig zu werden. Der Landesgesetzgeber wird hier einen erheblichen eigenen Gestaltungsspielraum haben.

Die Föderalismusreformkommission wird ihre Arbeit voraussichtlich nächsten Donnerstag abschließen. Über die Ergebnisse werde ich dann kurzfristig berichten. Ich könnte mir vorstellen, dass die nächste planmäßige Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12. März genutzt wird, um eine erste Analyse vorzunehmen und über die konkreten Schlussfolgerungen für unser Land zu beraten.

Allgemein zeigen die Auswirkungen der Konjunkturkrise auf den Landeshaushalt, wie wichtig und vorausschauend die Vorkehrungen der Landesregierung in den letzten Jahren waren. So wurde bereits 2007 in Höhe der Einnahmen aus Vermögenserlösen von 254 Millionen Euro eine Ausgleichsrücklage aufgebaut. 2008 wurde das Steuerplus zum Aufbau der Konjunkturausgleichsrücklage über 177 Millionen Euro und zur Bildung des Hochschulsondervermögens über 400 Millionen Euro verwendet. Zusätzlich wurde auf die Veräußerung von Forderungsvermögen verzichtet. Dadurch konnten die notwendigen Spielräume für die Jahre 2009 und 2010 geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, die Zukunft hält viele Herausforderungen für uns bereit. Abwarten hilft in dieser Situation nicht weiter. Vielmehr ist sinnvolles Handeln gefragt.

Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen deutlich, dass in schwierigen Zeiten die stabilisierende und regulierende Hand des Staates erforderlich ist. Die rheinland-pfälzische Landesregierung ist sich ihrer Aufgabe bewusst und stützt mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen die Wirtschaft. Gleichzeitig werden die bisher geplanten Ausgaben getätigt, um den konjunkturellen Abschwung nicht zu verstärken.

Auch die Kommunen, die sich normalerweise prozyklisch verhalten, sollten ihre eigenen Investitionen angesichts der schweren Konjunkturkrise nicht zurückfahren. Das Land unterstützt die Kommunen hierbei, indem es die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs trotz der absehbaren Steuerausfälle noch ansteigen lässt. Die Kommunen sind zwar über den Steuerverbund mit rund 21 % an den Steuern des Landes beteiligt, der Stabilisierungsfonds trägt jedoch dazu bei, dass die Einnahmen der Kommunen verstetigt werden, prognostizierbar bleiben und die Kommunen an der Finanzierung der Steuerausfälle des Landes von über 1,2 Milliarden Euro nur sehr zeitverzögert beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinsam werden Land und Kommunen dafür Sorge tragen, dass dringliche Investitionen im Rahmen des Sonderprogramms vorgezogen werden. Die zusätzlichen Aufträge in den Jahren 2009 bis 2011 in den Bereichen Bildung und sonstige Infrastruktur werden zur Belebung der Wirtschaft des Landes beitragen und Arbeitsplätze sichern. Gleichzeitig unterstützen die Investitionen die Zukunftsfähigkeit des Landes.

(Beifall der SPD)

Noch ein Wort zum Schluss. Die jetzt verabschiedeten staatlichen Stützungsmaßnahmen werden erst allmählich greifen. Gleichzeitig werden sich die Konjunkturdaten weiter verschlechtern. Alle, die in diesem Land Verantwortung tragen, müssen in dieser schwierigen Situation zusammenstehen. Es hilft nicht allein, die konjunkturelle Abwärtsspirale finanziell zu bekämpfen. Wir müssen auch die Zuversicht haben, dass unsere Maßnahmen wirken, und wir müssen diese Zuversicht auf die Menschen übertragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns, bevor der nächste Redner beginnt, Gäste begrüßen, und zwar Mitglieder des CDU-Ortsverbands Wörth-Schaidt. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zwei Monate nach Inkrafttreten des neuen Doppelhaushalts legt die Landesregierung einen ersten Nachtragshaushalt vor. Schon im Dezember, als wir hier abschließend beraten haben, hat die Wirtschaftskrise Rheinland-Pfalz hart getroffen. Damals hat die CDU die Landesregierung aufgefordert, baldmöglichst für die fälligen Korrekturen zu sorgen. Heute beraten wir nicht nur über sinkende Steuereinnahmen, Herr Minister, sondern zugleich über steigende Ausgaben, und das, nachdem es die Landesregierung in wirtschaftlich guten Zeiten versäumt hat, den Haushalt auf eine solide Basis zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Der Treibsand, auf dem das Zahlenwerk errichtet ist, legt nicht nur die Fundamente frei. Die Fundamente, auf denen die Zukunft des Landes steht, sind vom Einsturz bedroht.

Die Nettoneuverschuldung steigt gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 460 Millionen Euro und dann um 498 Millionen Euro. Zusammen mit den Landesbetrieben erreicht die Neuverschuldung 2009 nun sage und schreibe 1,66 Milliarden Euro und 2010 1,88 Milliarden Euro.

Zusätzlich greift die Landesregierung auf die sogenannte Rücklage zurück. 2009 sind es 88,5 Millionen Euro und 2010 342,74 Millionen Euro. Ich sage bewusst, die sogenannte Rücklage; denn das sind keine Mittel aus Haushaltsüberschüssen, die die Landesregierung für schlechtere Zeiten zurückgelegt hätte, nein, diese Rücklagen wurden bei gleichzeitig stattfindender Nettoneuverschuldung gebildet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Das ist im Übrigen ein höchst fragwürdiges Vorgehen, haushaltsrechtlich kaum vertretbar, wie das Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen geurteilt hat, und finanzpolitisch höchst fragwürdig, wie der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz festgestellt hat.

Meine Damen und Herren, hier von Rücklagen zu sprechen, ist mehr als kühn. In Wahrheit sind diese sogenannten Rücklagen nichts anderes als noch nicht ausgeschöpfte Ermächtigungen zur Kreditaufnahme des Landes, also sind sie nichts anderes als zusätzliche neue Schulden.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Diskutieren können wir nachher, Herr Hartloff. Das gilt jetzt genauso für Sie, wie es Herr Deubel vorhin zu Herrn Schreiner gesagt hat.

Meine Damen und Herren, zählt man die Nettoneuverschuldung des Kernhaushaltes, der Landesbetriebe und die mit Krediten finanzierten sogenannten Rücklagen zusammen, dann wird unser Doppelhaushalt insgesamt für 2009 mit Schulden von 1,747 Milliarden Euro und für 2010 mit Schulden von 2,222 Milliarden Euro finanziert.

Fast 4 Milliarden Euro zusätzliche Schulden werden in zwei Jahren gemacht.

Wer ist bereit, dafür die Hand ins Feuer zu legen, dass daraus nicht noch mehr werden? Ich denke, die Mitglieder der Landesregierung tun das besser nicht.

Zu oft ist in den letzten 18 Jahren immer wieder versprochen worden, dass der Haushalt ausgeglichen wird.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, keine Angst, ich laste Ihnen nicht die Weltwirtschaftskrise oder allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen an,

(Pörksen, SPD: Das ist ja großzügig!)

die außerhalb des Einflussbereiches der Politik liegen, Herr Pörksen. Aber es ist sehr wohl Ihre Verantwortung, dass sich laut Rechnungshof allein im Kernhaushalt seit dem Regierungsantritt von Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Verschuldung mehr als verdoppelt hat.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinzu kommt ein dubioses und intransparentes Finanzgebaren wie beispielsweise beim Nürburgring. Dubios ist es deshalb, weil klammheimlich 80 Millionen Euro aus der Landeskasse über eine private Gesellschaft auf einem Züricher Konto einer Liechtensteiner Bank landen und dort über ein Jahr liegen bleiben sollen. Dubios ist es, weil aus derselben Landeskasse wieder über eine Privatgesellschaft ein Kredit über eine zweite Privatgesellschaft an eine dritte Privatgesellschaft verliehen wird. Dabei verringern sich die 3 Millionen Euro.

Intransparent ist es deshalb, weil Parlament und Öffentlichkeit von dem Einsatz der Steuergelder als Kreditquelle für private Gesellschaften eher zufällig erfahren. Wenn ich mir vorstelle, wie angesichts solcher Beispiele Beck und Deubel mit dem auf 800 Millionen Euro verdoppelten Bürgschaftsrahmen umgehen, ohne dass es einer merkt, dann ist eine wirksame parlamentarische Kontrolle nicht mehr möglich.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht weiter verwunderlich, dass die Kassen des Landes geplündert sind.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, jetzt haben wir das Problem einer weltweiten Rezession und leerer Kassen in diesem Land. Das ist zu einem Zeitpunkt, an dem wir mit Finanzmitteln gegen die Krise ansteuern müssen. Ich nenne nur die Abwrackprämie. Diese sorgt zumindest vorübergehend für einen Nachfrageschub vor allen bei den Kleinwagen.

Ich nenne die Schulen und Kindergärten, die in einem erbärmlichen Zustand sind. Sie haben eine Renovierung dringend nötig.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage dazu, damit habe ich noch keine bessere Bildung, sondern zunächst nur bessere Gebäude.

Auch bei den Krankenhäusern besteht erheblicher Nachholbedarf für Modernisierungen.

(Zurufe von der SPD)

Sicherlich wird das Konjunkturpaket helfen, den bestehenden Investitionsstau bei den Kommunen etwas abzumildern. Aber Investitionen sind Investitionen, und deshalb ist es wichtig, dass sie in der Infrastruktur erfolgen. Diese dienen wiederum der nachfolgenden Generation, der wir öffentliche Gebäude und Straßen in einem besseren Zustand hinterlassen.

Vor diesem Hintergrund sind viele der ergriffenen Maßnahmen zu vertreten. Jeder Feuerwehrmann weiß, große Feuer müssen wir mit Gegenfeuern bekämpfen. Die sich ausbreitende Krise muss man mit staatlichen Mitteln bekämpfen. Ich will heute allerdings nicht den Streit darüber führen, welche Dinge erfolgreich sein werden und welche nicht.

Es sei doch daran erinnert, dass der geistige Vater dieser Idee, Keynes, sich das ein wenig anders vorgestellt hat. Seine Idee war es, in Zeiten des Wachstums die Haushalte auszugleichen und, wie wir es alle tun, richtige Rücklagen aus Haushaltsüberschüssen zu bilden.

(Harald Schweitzer, SPD: Wie der Hebgen!)

So sah es auch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Großen Koalition der 60er-Jahre vor, Herr Schweitzer. Doch daraus ist nie etwas geworden. Die Große Koalition der 60er-Jahre, die konsolidiert hatte, wurde durch eine sozial-liberale Koalition abgelöst. Damit begann in der Bundesrepublik Deutschland das richtige staatliche Schuldenmachen.

Die beachtlichen Konsolidierungserfolge mit den Liberalen unter Helmut Kohl hätten zu einem ausgeglichenen Haushalt Ende der 80er-Jahre geführt, wenn die Wiedervereinigung nicht gekommen wäre.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Bei der Schuldenbundesliga steuert die Landesregierung unter Kurt Beck von Haushaltssaison zu -saison an die Spitze. Niedersachsen haben wir überholt. Niedersachsen liegt hinter uns. Jetzt nehmen wir Kurs auf Schleswig-Holstein, Herr Finanzminister.

Deshalb trifft uns der Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung härter als andere. Es trifft uns härter als all diejenigen, die solider gewirtschaftet haben, die sogar in 2007 und 2008 ausgeglichene Haushalte in anderen Bundesländern vorgelegt haben und damit ganz andere finanzielle Spielräume haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Halb so viel Schulden sind halb so viel Zinsen. Für Rheinland-Pfalz würde das über 600 Millionen Euro bedeuten, über die wir dann frei verfügen könnten.

Wir können von Glück reden, dass die Zinsen seit geraumer Zeit auf niedrigem Niveau verharren, Herr Minister. Was wir mit diesem Nachtragshaushalt in Rheinland-Pfalz machen, ist der Versuch, uns zulasten derer, die nach uns kommen, aus der Krise zu retten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über all den Kindergärten und Schulen, die jetzt saniert werden, über Krankenhausbauten und neuen Straßen sollten wir das nicht vergessen. Es ist deshalb mehr als nur richtig, dass es eine Frage des Anstandes ist, dass mit den gewaltigen Staatsausgaben im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue und bessere Finanzverfassung mit einer sehr viel strengeren und wirksameren Regel zum Verbot von neuen Staatsschulden verbunden werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Was hier Union und SPD, Bund und Länder konzipiert haben, ist das absolute Minimum dessen, was wir unseren Nachfahren schuldig sind. Das Schuldenverbot soll nämlich erst zu einem Zeitpunkt richtig greifen, an dem kaum einer der heutigen Akteure auch hier in diesem Plenum in den Regierungen von Bund und Land Verantwortung tragen wird, nicht einmal Sie, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Da sind der Gnade Gottes Grenzen gesetzt!)

Gleichwohl richte ich heute den Appell an diese Landesregierung, es ist ein zweifacher Appell: Stellen Sie sich einem Schuldenverbot in einer neuen Finanzverfassung nicht in den Weg. Sorgen Sie dafür, dass das Vereinbarte nicht aufgeweicht, sondern eher noch verschärft wird. Leiten Sie noch vor der Landtagswahl des Jahres 2011 eine neue Haushaltspolitik in Rheinland-Pfalz ein. Eröffnen Sie den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, jedes Jahr, das die Regierung auf diesem Weg verstreichen lässt, erhöht die Schuldenlast dieses Landes und die Belastung für jeden einzelnen Rheinland-Pfälzer.

In dieser Finanz- und Wirtschaftskrise werden wir nicht nur bestraft für den ungeheuerlichen Leichtsinns vieler Banker, sondern auch für das sicherlich blinde Streben nach allzu schnell verdientem Geld, für eine in vielen Industriestaaten betriebene Politik des Konsums auf Pump, für fehlende Regeln der internationalen Finanzmärkte und den fehlenden politischen Willen, Grenzen zu ziehen und den Menschen nicht zu viel zu versprechen.

(Pörksen, SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

Jetzt, wo der Export zusammenbricht, treffen uns Strukturschwächen unserer Finanzpolitik, die in Jahrzehnten gewachsen sind und niemals ernsthaft bekämpft worden sind. Diese Strukturschwächen sorgen jetzt dafür, dass die Binnenkonjunktur seit Jahren schwächelt und kaum noch Impulse für unser Wachstum setzt.

Meine Damen und Herren, die Ursachen liegen auf der Hand:

1. Zu geringe Investitionen der öffentlichen Hand – Sie haben es angesprochen – bezüglich des Konjunkturpaketes. Im Bund, in den meisten Ländern und in einem großen Teil der Gemeinden stehen zu wenig, zuweilen keine laufenden Mittel aus Steuereinnahmen mehr für Investitionen zur Verfügung. Investitionen werden überwiegend aus Krediten finanziert, im Übrigen das Konjunkturpaket II zu 100 %, das wir in Rheinland-Pfalz natürlich umsetzen. Allerdings haben Zinsen und Konsumausgaben die Investitionskraft der Staatshaushalte längst über Gebühr geschwächt.

(Hartloff, SPD: Volkswirtschaftlich ist das aber nicht sehr fundiert!)

Das gilt für Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer in einem klar überdurchschnittlichen Maß, Herr Minister; denn daran darf erinnert werden, die Investitionsquote, mit der diese Landesregierung sich brüstet, stammt aus Deubels krummer Trickkiste. Nur indem die Zahlungen an den Pensionsfonds missbräuchlich als Investitionen deklariert werden, kommt noch ein halbwegs vergleichbarer Wert dabei heraus.

(Licht, CDU: Ja! –
Frau Schmitt, SPD: Was ist das sonst?)

2. Zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung schon bei mittleren und durchschnittlichen Einkommen.

Ich stelle fest, die verfügbaren Einkommen der Masse derer, die einen ordentlichen Beruf erlernt haben, die in den Unternehmen der Wirtschaft, als Selbstständige, im öffentlichen Dienst mit qualifizierten Berufen ihrem Handwerk nachgehen, sind zu stark belastet. Die gesellschaftliche Mitte, die unseren Staat trägt, hat keinen hinreichenden Anteil am Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre gehabt.

(Beifall der CDU)

So wird für Deutschland jeder Auf- und Abschwung der Konjunktur in erster Linie vom Export getragen. Deshalb trifft uns die internationale Krise angesichts des hohen Exportanteils – im Übrigen auch der rheinland-pfälzischen Wirtschaft – besonders hart. Die Binnennachfrage verharrt statisch auf zu niedrigem Niveau. Für die private Nachfrage aber reicht das, was in diesem Konjunkturpaket verabreicht wird, bei Weitem sicherlich nicht. Da sind wir uns sicherlich einig. Es können allerdings auch nur erste Schritte in eine richtige Richtung zur Stärkung der Binnennachfrage sein. Eine weitere Ankurbelung des privaten Konsums wäre aus meiner Sicht dringend wünschenswert. Aber natürlich müssen wir das Machbare in diesen Krisenzeiten im Auge behalten. Bei der Krisenintervention dürfen wir den Staat nicht überfordern. Wir dürfen nicht die Orientierung für das rechte Maß verlieren. Das ist nicht einfach in einer Zeit, in der alle nur auf Sicht fahren.

Es gibt niemanden – keine Wirtschaftsforscher, keine Wirtschaftsführer und keine Staatenlenker, und schon gar keine Politiker –, der in dieser Krise Patentrezepte

hat oder den richtigen Weg voraussagen kann. Jeder, der etwas anderes behauptet, ist unseriös. Trotzdem dürfen wir die bestehende hohe Belastung mit Steuern und Abgaben nicht aus dem Auge verlieren. Mehr Geld in der Hand der Bürger führt in der Regel auch zu neuen Steuereinnahmen. Die Bürger brauchen eine spürbare Entlastung. Dies ist und bleibt das politische Ziel der CDU.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine mittelfristige Entlastung der Privathaushalte stärkt alle Bereiche der Wirtschaft, und nicht nur bestimmte Branchen wie jetzt beim Konjunkturpaket. Ich bin ganz sicher, dass die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Steuererleichterung bei der Pendlerpauschale, die gar nicht Teil dieses Konjunkturpakets ist, mehr und schneller wirkt als die gleiche Summe staatlicher Investitionen. Eine weitere spürbare Entlastung gibt es von 2010 an für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn die Krankenkassenbeiträge in größerem Maß steuerlich absetzbar sind. Das Ziel eines einfacheren und gerechteren Steuersystems wird und muss uns alle weiter beschäftigen, allerdings genauso wie die Begrenzung der Staatsverschuldung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Konjunkturprogramm aus Staatsausgaben steht immer in der Gefahr, zu spät zu greifen, weil es zu lange dauert, bis die Aufträge vergeben sind und die ersten Rechnungen bezahlt werden. Umso mehr sollte alles darauf gerichtet sein, die Verfahren kurz zu halten, schnelle Entscheidungen zu treffen und flexibel zu halten.

(Frau Spurzem, SPD: Was machen wir denn heute?)

Beim Militär gibt es dafür ein Prinzip: Die Heeresleitung – das wären dann Sie, Herr Deubel – gibt Kommandeuren vor Ort ein Ziel vor. Wie Sie das Ziel am effektivsten erreichen, bleibt Ihnen selbst überlassen.

(Hartloff, SPD: Und das im Parlament!)

Die Kommandeure wären dann aber die kommunalen Akteure. –

Das täten wir besser auch in Rheinland-Pfalz.

(Zurufe von der SPD)

Wir sollten wie in Niedersachsen die Mittel nach Maßgabe ihrer Bevölkerung und mit der Auflage verteilen, in den genannten Bereichen so zu investieren, dass in diesem Jahr wesentliche Teile der Mittel verausgabt werden können.

(Beifall der CDU)

Jede Kommune weiß am besten, wo sie die Mittel einsetzt. Die einen haben die Schulen in Ordnung, bei den anderen fehlt es an den Kindertagesstätten, oder es ist genau umgekehrt. Wiederum andere haben vor allem die Breitbandversorgung der Gemeinden im Blick. Jeder

kennt seinen vordringlichen Bedarf, aber leider, Herr Beck, geht die Landesregierung einen anderen Weg. Das Geld wird nach Gemeinden und Verwendungszwecken aufgeschlüsselt, und dann werden angemeldete Einzelprojekte bewilligt. Es ist doch gerade bei einem dringenden Konjunkturschub falsch, die Gemeinden, die letztendlich die Investitionen durchführen müssen, am kurzen Zügel zu halten.

(Ramsauer, SPD: Müssen oder dürfen?)

Die Landesregierung spielt den Gönner mit Geld, das zu 80 % gar nicht aus der Landeskasse stammt. Das ist auch eine Frage des Grundverständnisses von kommunaler Selbstverwaltung. Es ist die Frage, was wir den Landräten, den Bürgermeistern und Räten zutrauen. Es ist die Frage, dass die Menschen vor Ort bestimmen, was zuerst gebaut wird und was nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Zuruf von der SPD: Das machen sie doch!)

Das Prozedere der Landesregierung birgt die Gefahr, dass nicht alle Mittel in der gewünschten Zeit zum Einsatz kommen können. Wir müssen auch andere Wege der Beschleunigung erwägen. So hat beispielsweise Baden-Württemberg befristet die Bestimmungen des Vergaberechts gelockert und die Freigrenze für freihändige Vergaben deutlich heraufgesetzt. Wir sollten ernsthaft überlegen, ob dies nicht auch für Rheinland-Pfalz ein guter Weg ist.

(Hartloff, SPD: Zur Begeisterung des Rechnungshofs geschieht das!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird darauf dringen, dass die Landesregierung regelmäßig berichtet, wie die Mittel abfließen und wie sie eingesetzt werden.

– Im Übrigen, Herr Hartloff, der Rechnungshof prüft den Haushalt dieser Landesregierung und nicht das Konjunkturpaket II, über das wir heute reden. Vielleicht sollten Sie sich darüber einmal Gedanken machen.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn sich ein Zeitverzug einstellt, dann müssen wir rasch überlegen und entscheiden, mit welchen komplizierten Verfahren dieser Zeitverzug unkompliziert wird und wieder aufgeholt werden kann. Mitverantwortung trägt das Land auch für Teile dessen, was der Bund an Investitionen zusätzlich finanzieren will. Ich nenne nur den Bundesfernstraßenbau. Jedes Land hat schon über die Straßenbauverwaltung einen direkten Zugriff auf die Auswahl der Projekte. Auch hier muss die Landesregierung öffentlich mitteilen, was sie für Rheinland-Pfalz will und was sie als vordringlich einstuft. Der Haushalt unseres Landes wird nun nicht nur für die zusätzlichen Investitionen belastet, sondern zusätzliche Risiken entstehen auch durch die schwere Lage, in der nun Unternehmen im Land stehen oder in die sie noch hineingeraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schon mit dem Doppelhaushalt wurde der Rahmen für staatliche Bürg-

schaften gewaltig ausgeweitet. Dem konnten wir auch grundsätzlich zustimmen. In einer Krise wie jetzt erhöhen sich aber auch die Risiken des Landeshaushalts. Darüber muss in jedem Einzelfall Klarheit und Transparenz geschaffen werden, und zwar über dieses Parlament. Das gilt nicht nur für die großen und prominenten Fälle, Herr Minister, das gilt auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, über die außer in den Lokalausgaben der Zeitungen niemand spricht.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, dass Sie Angst vor Transparenz haben, haben Sie an mehreren Projekten jetzt gezeigt. Ich kann Sie nur noch einmal herzlich bitten: Hier spielt die Musik, hier erklären Sie das, und dann finden Sie uns bei richtigen und wichtigen Entscheidungen auch auf Ihrer Seite. –

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt unseres Landes wird nun nicht nur für die zusätzlichen Investitionen belastet, sondern zusätzliche Risiken entstehen auch durch die schwierige Lage, in der sich auch unsere Unternehmen befinden. Deshalb fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, zu angemessener Zeit zu berichten, wie viele Unternehmen im Land in Not geraten und in irgendeiner Form Hilfen des Landes und seiner Fördermöglichkeiten bekommen oder beantragen und welche Risiken für das Land damit verbunden sind.

(Frau Schmitt, SPD: Das läuft im
Bürgerschaftsausschuss!)

Meine Damen und Herren, wir müssen nun in einer ungewöhnlichen Zeit handeln, ungewöhnlich jedenfalls für die übergroße Mehrheit, die nach den Weltkriegen geboren wurde und die für den Börsencrash und die Wirtschaftskrise das Geschichtsbuch zur Hand nehmen muss.

Unsere bisherigen Erfahrungen waren ein beinahe stetiges Wachstum und steigender Wohlstand. Der Zwang zu schnellen Entscheidungen hinterlässt immer ein Restgefühl der Ungewissheit und der Unsicherheit, ob das alles richtig ist, was man da gemacht hat. Ich möchte bestimmte Vorbehalte nicht leugnen, die ich auch angesprochen habe.

Nun ist dieses Konjunkturpaket von Bund und Ländern vereinbart und beschlossen. Setzen wir es jetzt also bestmöglich und schnellstmöglich um! Im Übrigen ein Stück besser, als Sie es vorsehen. Aber dem akuten Krisenmanagement muss die Kontrolle der Wirkung und vielleicht auch die Korrektur folgen, die fälligen Reformen, die für die Zukunft solche Abstürze verhindern helfen. Es muss die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland folgen, vor allem eine bessere Ordnung des internationalen Finanzmarktes. Vor allem gilt auch, die Einstellungen und Erwartungen der wirtschaftlich Handelnden zu korrigieren, die nämlich der eigentliche Auslöser dieser Krise sind.

Es kommt nicht darauf an, für jeden investierten Euro einen Sofortgewinn in Rekordhöhe zu erzielen. Lieber jährlich 3 % für 15 Jahre als 15 % in drei Jahren und dann ein Absturz.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr in Dauer und Beständigkeit investieren, als in zwei Jahren Multimillionär zu werden. Die finanziellen Anreize und die informellen Erfolgsmaßstäbe ganzer Branchen stimmen nicht mehr; denn jeder Gewinn, jeder neue Wohlstand hat sein Fundament nicht in immer neuen Finanzprodukten und Anlageformen, sondern in der Arbeit der Menschen, ihrem Erfindungsgeist, ihren Anstrengungen, ihrer Ausbildung, ihrer Produktivität und ihrer Fähigkeit, sich sinnvoll zu organisieren.

Das Wachstum, das hier erzielt wird, erzielt wurde und auch erzielt werden kann, ist der Maßstab für alles Weitere auch für den Finanzmarkt.

Wir müssen einfach nur wieder alle auf den Füßen und mit den Füßen auf dem Boden stehen und anpacken. Dann geht jede Krise bald vorbei.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir unterhalten uns heute über den Nachtragshaushalt für die Haushaltsjahre 2009 und 2010; dies, nachdem wir vor etwa 14 Tagen die Ankündigung, dass ein solcher Nachtragshaushalt gemacht wird, in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört haben; dies, nachdem in der letzten Woche am Donnerstag/Freitag das Konjunkturpaket II im Bundesrat beschlossen worden ist und wir die Konsequenzen daraus heute schon in diesem Parlament ziehen, indem wir diesen Nachtragshaushalt beraten. Schneller ist kein anderes Land. Meine Damen und Herren, schneller geht es nicht, was die Umsetzung angeht.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, das, was Sie anmahnen, machen wir längst. Das beraten wir längst. Ich werde nachher darauf zurückkommen, das haben wir auch schon in großen Teilen umgesetzt. Manches von dem, was Sie gesagt haben, ist in Rheinland-Pfalz schon Realität.

Aber lassen Sie mich auf den Rahmen zurückkommen, warum wir diesen Nachtrag machen. Ja, wir machen diesen Nachtrag vor dem Hintergrund einer weltwirtschaftlichen Finanzkrise, über die wir uns in der Beratung des Doppelhaushalts schon unterhalten haben, weil sie nicht vom Himmel gefallen ist. Sie ist fortgeschritten

und hat die Konjunkturpakete, wie das Konjunkturpaket II, notwendig gemacht, um im Rahmen unserer Möglichkeiten zu versuchen, den Menschen, den Wirtschaftenden zu helfen, ein System der Volkswirtschaft zu stabilisieren, damit es sich nicht durch weitere Schritte in den Abgrund reißt. Das ist eine öffentliche Aufgabe. Dafür stehen wir. Dafür steht die Landesregierung. Dafür steht die SPD, damit wir Schlimmeres vermeiden.

(Beifall der SPD)

Es handelt sich leider nicht um einige der üblichen konjunkturellen Schwankungen, meine Damen und Herren, sondern ausgelöst durch die Finanzkrise, die bei Weitem nicht überwunden ist, ist das Vertrauen in der Wirtschaft zerbrochen, leihen sich Banken kein Geld, ist es schwierig zu produzieren. Dabei gibt es viele Lichtblicke. Es liegt mir fern, alles zu dramatisieren.

Wir sind in Deutschland sicherlich – da bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Baldauf – eines der Länder, das in dieser Krise am besten aufgestellt ist, hervorgegangen aus den Maßnahmen, die wir in den letzten Jahrzehnten ergriffen haben. Das gilt auch für die Wirtschaft, die sich sehr fit gemacht hat, insbesondere auch in Rheinland-Pfalz.

Das nimmt nicht weg, dass Rheinland-Pfalz besondere Exportabhängigkeiten hat. Das ist überhaupt keine Frage. Aber dieses Vorbereitetsein hilft uns in Deutschland. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern stehen wir nicht am Rande eines Staatsbankrotts, bei dem die Europäische Gemeinschaft hilft, so in aufstrebenden Ländern wie Lettland, wie Ungarn, wie Island, wie Irland.

Vor diesem Hintergrund besprechen wir einen Nachtragshaushalt, der zum einen den zu erwartenden Steuermindereinnahmen Rechnung trägt und der zum anderen das Konjunkturprogramm veranschlagt.

Sie haben die Verschuldenssituation des Landes angesprochen, die auch der Rechnungshof in seinem Bericht, den er gestern veröffentlicht hat, angesprochen hat. Herr Baldauf, so, wie Sie es ansprechen, muss ich dazu sagen, wenn wir hier Cowboy und Indianer spielen würden und Sie wären Indianer, dann hätten Sie wahrscheinlich den Titel „Häuptling gespaltene Zunge“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auf der einen Seite wollen Sie den Menschen weismachen, ohne Verschuldung ließe sich das alles finanzieren und in den wirtschaftlich guten Zeiten hätte man die Verschuldung von heute auf morgen auf null herunterbringen können.

(Baldauf, CDU: Wieso können das andere Bundesländer?)

– Auch andere Bundesländer können es nicht so, und ich werde Ihnen schon ein paar Sätze dazu sagen.

Auf der anderen Seite fordern Sie in jedem Lebensbereich Mehrausgaben des Staates,

(Beifall bei der SPD)

mehr für die Gemeinden, mehr für die Menschen, die hier arbeiten. Der Herr Ministerpräsident hat Ihnen das aufgelistet. Er hat über 4 Milliarden Euro an Mehrforderungen der CDU in der letzten Zeit genannt.

Zu dem Bericht des Rechnungshofs möchte ich sagen, wir sind bei den Steigerungsraten des Haushalts unter den Inflationsbeträgen geblieben. Ich nenne Ihnen einmal ein ganz einfaches Beispiel. Die Finanzverwaltung ist im aktuellen Prüfbericht angesprochen. Natürlich wird man sich anschauen, ob man dort in dem Bereich der Spielbanken etwas bei der Kontrolle effizienter gestalten kann. Aber im Bereich der Finanzverwaltung sind in den letzten zehn Jahren über 800 Stellen abgebaut worden, um etwas effizienter zu gestalten. So etwas geht nicht von heute auf morgen. Das sind mühsame Prozesse. Wer mit den Personalvertretungen spricht, weiß, wie weh das auch tut.

Gleichzeitig haben wir für mehr Personal im Schulbereich, im Polizeibereich, im Justizbereich gesorgt, damit unser Staat verlässlich funktioniert. Darauf haben Bürgerinnen und Bürger ihren Anspruch. Das garantieren wir ihnen in Rheinland-Pfalz.

Was macht die CDU? Sie versucht natürlich, mehr zu fordern, mehr Personal in den Kitas, mehr Personal in den Schulen, mehr Geld für die Kommunen. Wie soll denn das bitte schön zusammengehen? Das im Übrigen bei der Baldaufschen Forderung: natürlich geringere Steuern. Das soll dann in einen Einklang kommen. Also, ich glaube, der Titel „Häuptling gespaltene Zunge“ wäre für Sie in diesem Verfahren ein sehr passender.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich auch daran erinnern, dass wir unseren Beamtinnen und Beamten im Hinblick auf die Gehaltsentwicklungen sicher manches zugemutet haben. Die CDU hat im Übrigen gesagt: Zahlt da mehr. – Das wären über 40 Millionen Euro im Jahr gewesen. Das nur einmal so nebenher gesprochen. Das ist auch eine Ihrer Mehrforderungen. Wir haben zu Recht gesagt, dass wir uns in diesem Jahr bei den Beamtinnen und Beamten an die Gehaltsentwicklung anschließen werden und die Tarifabschlüsse 1 : 1 übernommen werden.

Meine Damen und Herren, ich vermute natürlich – das sei mir gestattet –, dass die Beamtinnen und Beamten des Rechnungshofs aus Solidarität mit dem Land dieses Mehr an Gehalt nicht haben wollen. Es sei mir gestattet, ein bisschen darauf heruzusagen.

Nein, wir sind dankbar für die Hinweise des Rechnungshofs zu Finanzprojekten und Mängeln, die passieren, wenn man gestaltet, damit man sie abstellen kann. In aller Regel führt der Rechnungshof aber eine retrospektive Betrachtung durch. Rechnungshöfe sind auch nicht dafür eingerichtet worden, dass sie Lob verteilen. Dann wäre das sicherlich eine Fehlbesetzung.

Glauben Sie aber wirklich, dass dann, wenn man das Ziel einer Entschuldung eines Landes als allein seligmachendes Ziel verfolgen würde, Sie erfolgreich die Zukunft eines Landes gestalten könnten? Ich glaube das

nicht. Wir haben immer die Dreiteiligkeit dieser Ziele vor Augen gehabt, nämlich die Konsolidierung der Finanzen, Investieren – ich würde gerne meinen Kollegen Frank Puchtler zitieren,

(Beifall der SPD)

aber ich brauche ihn schon fast gar nicht zu zitieren, nämlich Konsolidieren und Investieren – und Vorsorge treffen. Das ist im Sinne künftiger Generationen geschehen. Das ist nicht zulasten künftiger Generationen geschehen.

Wenn wir – an der Stelle sage ich auch etwas zu dem Investitionsbegriff, der dem zugrunde liegt – in den vergangenen Jahren und auch jetzt in diesem Doppelhaushalt erhebliches Geld in die Hand nehmen und in die Hand genommen haben, um im Bildungsbereich gute Voraussetzungen zu schaffen – ob es nun das Programm „Bildung von Anfang an“ oder ob es das Hochschulprogramm ist, über das wir Verlässlichkeit für die Hochschulen schaffen, womit immerhin 400 Millionen Euro gerade im Sinne kontinuierlich vorhandener Finanzen festgelegt worden sind, wodurch natürlich an der Stelle, an der wir sie im Haushalt veranschlagt haben, Belastungen entstehen –, sind das genau die notwendigen Investitionen in die Zukunft, die wir tätigen wollen.

Herr Minister Hering, Sie haben gestern Abend an einer Diskussion im SWR teilgenommen, in der von einem Mitdiskutanten gesagt wurde: In Nordrhein-Westfalen wird das in die Hochschulen investiert, aber Ihr habt Projekte, die man kritisieren kann. – Ich habe den Eindruck, dem ist die Situation in Rheinland-Pfalz nicht so ganz bekannt gewesen. Wir haben sehr viele Fachhochschulen neu gegründet; wir haben Geld in den Universitäten festgelegt.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Bei uns laufen diese Investitionen schon lange. Ich meine, da lässt sich sehr wohl der Standpunkt in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf eine zukunftssichere und verlässliche Politik der Landesregierung mit diesem Haushalt begründen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme auf die Verlässlichkeit in der Politik zu sprechen. Verlässlichkeit in der Politik zeichnet auch die Umsetzung des Konjunkturpakets II aus. Ich würde mich freuen – Herr Baldauf, manche Passagen Ihrer Rede haben durchaus in diese Richtung gedeutet –, wenn es gelingt, dass wir den vom Ministerpräsidenten angesprochenen Pakt für Rheinland-Pfalz in schwieriger Zeit gemeinsam stemmen können, weil die Menschen, die gestern z. B. in Kaiserslautern für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bei Opel demonstriert haben, wenig Verständnis dafür haben, wenn wir über Details streiten.

(Baldauf, CDU: Das ist richtig! Das stimmt!)

So sinnvoll und notwendig ein Streit über Inhalte in einem Parlament ist

(Baldauf, CDU: Das setzt Transparenz voraus!)

– ich werde gleich noch ein paar Sätze zur Transparenz sagen –, so notwendig ist es auch, dass die Menschen das Gefühl haben – Sie haben das am Ende Ihrer Rede auch gesagt –, dass man gemeinsam versucht, den Karren ein Stück weiter zu ziehen, damit sich ein Land erfolgreich weiterentwickeln kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf ein paar Sachen hinweisen, wenn ich zur Verschuldenssituation spreche. Wenn Sie meinen, dass die Situation in Rheinland-Pfalz so einzigartig sei und wir nicht verantwortlich mit Geld umgehen würden, wundert mich in dem Zusammenhang dann schon, dass beispielsweise in den Vorschlägen der Föderalismuskommission II das von Ihnen genannte Land Schleswig-Holstein, das uns überholt hat, oder auch Niedersachsen,

(Baldauf, CDU: Nicht überholt!)

Länder sind, die Geld empfangen sollen, während Rheinland-Pfalz ein Land ist, das Geld zahlen soll.

(Baldauf, CDU: Das liegt am Investitionsbegriff!)

– Herr Baldauf, man dreht es dann schon gerne so, wie man es gerne hätte.

(Unruhe bei der SPD)

Das entspricht dann mehr den Realitäten, wie wir angesehen werden und wie unsere Finanzen tatsächlich sind.

Wenn ich dann in die tagesaktuelle Presse schaue und feststelle, was die so gelobten Haushalte von Bayern – Bayern ist ohne Zweifel ein finanzstärkeres Land – oder Baden-Württemberg an Milliardenbeträgen für ihre Landesbanken einsetzen müssen, weil dort fehlwirtschaftet worden ist – die Letzte war die Norddeutsche Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg, bei der es nicht nur um Sicherheiten, sondern auch um Risiken geht, die in erheblichem Umfang abgedeckt werden müssen –, sind das Sachen, die der Rechnungshof Rheinland-Pfalz mit Sicherheit nicht prüft, die wir aber in die Diskussion einbeziehen müssen, wie ein Land dasteht, auch finanziell dasteht. Dann muss der Vergleich mit anderen Bundesländern immer erlaubt sein.

In Rheinland-Pfalz war die Ausgangssituation so, dass wir nicht auf Rosen gebettet waren, aber wir haben den Mut gehabt – gemeinsam haben wir den Mut gehabt, wenn ich Herrn Kollegen Werner Kuhn ansehe –, schwierige Projekte zu stemmen. Ich nenne nur den Begriff „Konversion“. Wir haben das Geld in die Hand genommen, um uns nach vorne zu entwickeln. Das gilt nicht anders für andere schwierige Projekte, die wir voranentwickeln, sei es der Nürburgring, sei es der Hahn, sei es der PRE-Park in Kaiserslautern, sei es Zweibrücken, wo wir das im Interesse der Arbeitsplätze und der Menschen durchführen und dabei auch Risiken eingehen. Darauf werde ich gerne noch zurückkommen. Bisher haben wir diese Projekte auch immer erfolgreich weiter vorangebracht. Das zeichnet uns aus!

(Beifall der SPD)

Das wissen im Übrigen auch die Menschen, die dort arbeiten.

Meine Damen und Herren! Herr Baldauf, Sie haben die Frage angesprochen, in wirtschaftlich guten Zeiten Vorsorge zu treffen. Ja, wir haben Vorsorge getroffen. Ich habe Ihnen Beispiele genannt. Die Rücklagen, über deren rechtliche Einschätzung man trefflich streiten kann,

(Bracht, CDU: Schuldenfinanziert!)

waren vernünftig, weil wir sie auflösen können,

(Bracht, CDU: Schulden wurden dafür aufgenommen!)

was wir im Übrigen im Dezember bei den Beratungen zur Frage der Konjunkturrücklage schon gesagt haben.

(Bracht, CDU: Dafür habt Ihr Schulden aufgenommen! – Zuruf des Ministerpräsidenten)

– Herr Ministerpräsident, mit dem Unterschied, dass die nicht wissen, wo sie herkommen.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben angesprochen, man solle den Menschen nicht zu viel versprechen. Ja, wir machen das nicht. Was wir versprechen, halten wir auch.

(Beifall der SPD)

Das, was Sie mit Ihren Forderungen in Höhe von 4 Milliarden Euro versprochen haben, können Sie nicht halten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Lassen Sie mich etwas zur Umsetzung des Konjunkturpakets II ausführen. Frau Kollegin Schleicher-Rothmund war gestern auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der SPD. Aus allen Bundesländern haben wir gehört, wie es umgesetzt wird. Es wurde kein Land genannt, das das Konjunkturpaket so kommunalfreundlich umsetzt wie Rheinland-Pfalz,

(Beifall der SPD)

nämlich für alle Kommunen zinslos vorfinanziert. Ja, das kostet Geld. Dafür nehmen wir Geld in die Hand. Das ist sinnvoll, weil es schnell umgesetzt werden kann und es die Kommunen unabhängig von der Finanzkraft umsetzen können.

Herr Bracht, das ist genauso, wie Sie das gefordert haben. Ich lese es vor: „Gleichzeitig kritisierte Bracht jedoch, dass die Kommunen, die den kommunalen Eigenanteil an den entsprechenden Projekten nicht aufbringen könnten, diesen über Kredite finanzieren sollten. Hier werden wieder die Ärmsten bestraft. Wenn Städte, Gemeinden und Landkreise ihren Eigenanteil nicht be-

zahlen können, muss das Land einspringen“. Das ist doch ein Sparvorschlag.

(Baldauf, CDU: Das ist ein guter Satz! –
Zurufe von der SPD)

Herr Baldauf sagt, das ist ein guter Satz. Das ist ein guter Satz zur Demonstration des „Häuptlings gespalte-
ne Zunge“.

(Beifall der SPD)

Wir finanzieren vor, damit schnelle Investitionen möglich sind. Wir sind flexibel, was die Anteile anbelangt. Wir tragen auch dem Rechnung, dass im Schul- und im Kita-Bereich das verteilt und natürlich vor Ort – Herr Baldauf, erzählen Sie doch nicht einen solchen Unsinn – entschieden wird, welches Projekt tatsächlich angegangen werden kann.

Die Gemeinderäte, die Kreistage und die Stadträte entscheiden, welche Projekte entwickelt werden können. Es wird niemand bevormundet. Es gibt Kriterien im Bundesgesetz und solche, die von uns dann umzusetzen sind.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Das, was Sie zur VOB gesagt haben, ist eigentlich schon längst geregelt. Es gibt ein Kommunalrundschriften, das auch Sie bekommen haben. Darin steht, dass entgegen der bisherigen Regelung bis zu 100.000 Euro freihändig vergeben werden dürfen und bis zu 1 Million Euro beschränkte Ausschreibungen möglich sind, um das zu beschränken und schneller zu beschleunigen.

Sie haben vorhin gesagt, der Rechnungshof prüft das Land und solche Vorgänge nicht. Natürlich gibt es darüber mit dem Rechnungshof Gespräche. Sie müssen auch sein, weil Vergaben – Sie finden im Bericht des Rechnungshofs vieles zu Vergaben – ein Kerngeschäft dessen sind, was getan werden muss.

(Bracht, CDU: Sie ziehen nur keine Schlüsse
daraus! Das ist das Problem!)

Insofern wissen Sie, dass freihändige Vergaben nicht ohne Probleme sind und man genau hinschauen muss. Wir tun das, damit es schnell passieren kann und weil wir in die Verantwortung der kommunal Verantwortlichen Vertrauen setzen. Das ist genau das, was die Landesregierung macht.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Baldauf hat auch noch die Frage der Geschwindigkeit angesprochen. Nächste Woche Dienstag finden die Beratungen im Haushaltsausschuss statt. Am Donnerstag ist Plenarsitzung, in der dieser Nachtragshaushalt verabschiedet werden soll. Parallel dazu läuft die Umsetzung des Konjunkturpakets II.

Es ist die Möglichkeit gegeben, für Projekte, die schon vorhanden sind, einen sogenannten vorzeitigen Baubeginn zu beantragen. Dieser kann auch erfolgen, weil bei einem Konjunkturpaket schnell investiert werden muss,

damit die Wirtschaft Fuß fassen kann und Beschäftigung gegeben ist.

Klar ist, dass wir mit dem Konjunkturpaket II die Weltwirtschaft allein nicht verändern werden und flankierende Maßnahmen notwendig sind.

Herr Baldauf, ich will Ihnen noch ein paar Sätze zu Fragen der Transparenz sagen. Sie haben gefordert – vielleicht habe ich Sie missverstanden –, dass die Fragen von Bürgschaften im Parlament besprochen und verhandelt werden sollen. Ich kann mir so etwas nicht vorstellen. Es gibt den Bürgschaftsausschuss. Darin ist jede Fraktion vertreten.

(Baldauf, CDU: Ich könnte Ihnen etwas
über die ISB erzählen!)

– Auch die ISB. Sie ist ein hervorragendes Instrument, um Förderungen umzusetzen. Wir sollten unsere Instrumente nicht kaputtreden. Ein Kaputtreden ist in dieser Sache äußerst ärgerlich.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Ministerpräsident Beck: Erzählen Sie einmal!
Das ist doch unglaublich!)

Die Regierung hat das Mittelstandspaket aufgelegt und schnelle Ansprechpartner geschaffen, damit in schwierigen Situationen, in die Firmen zunehmend geraten, schnell geholfen werden kann. Schnelle Hilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten bedeuten auch, dass so etwas nicht immer auf dem offenen Markt passieren kann. Wenn so etwas auf dem offenen Markt passiert, ist der Ruf einer Firma ganz schnell ruiniert und kaputt. Dann ist die Kreditwürdigkeit beschädigt.

(Beifall der SPD –
Fuhr, SPD: Das ist doch der CDU egal!)

Ich denke, das muss uns allen bewusst sein. Deshalb sollten wir bei den bewährten Instrumenten bleiben. Das ist über die ISB, RIM, die Hausbanken und eine schnelle Bearbeitung im Ministerium möglich. Ich bin froh darüber.

Es war eine richtige Entscheidung, bei dem Doppelhaushalt den Bürgschaftsrahmen von 400 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro zu erhöhen. Das haben wir gemeinschaftlich getan. Dafür bedanke ich mich.

Genauso bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen dafür, dass es möglich war, den Nachtragshaushalt in dieser Sitzung so zügig einzubringen, damit eine zügige und schnelle Beratung des Konjunkturpakets II und des Nachtragshaushalts erfolgen kann.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in der Umsetzung befinden, ist es selbstverständlich, dass in den Ausschüssen des Parlaments für die jeweiligen Ressorts über den Umsetzungsstand berichtet wird. Wir haben ein gemeinsames Interesse, dass der Mittelfluss möglichst schnell passiert. Er passiert natürlich auch vollkommen transparent. Alle Kommunalpolitiker und die Kolleginnen

und Kollegen werden darauf schauen, wohin das Geld kommt.

Gestatten Sie mir auch eine Anmerkung. 625 Millionen Euro sind eine Menge Geld, die in sehr kurzer Zeit umgesetzt werden müssen. Das sind allein die Mittel aus dem Konjunkturpaket II plus die Mittel aus dem Straßenbau und des Landes.

Sicher wird es an der einen oder anderen Stelle Probleme geben, wie die schnelle Umsetzung erfolgen kann. Auch werden Erwartungen nicht erfüllt werden, die manche vor Ort haben, dass nämlich alle Probleme oder Wünsche, die man in den letzten 25 Jahren irgendwann einmal hat auftauchen sehen, mit dem Konjunkturpaket II finanziert sein können. Das wird nicht möglich sein.

Diese Mittel werden für unser Land gut sein. Sie werden unser Land nach vorne bringen und hoffentlich die Konjunktur in unserem Land neben manch anderen Maßnahmen, die ebenso notwendig sind und an denen wir arbeiten, ein Stück stabilisieren.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Packen wir's an! Wir arbeiten für Rheinland-Pfalz.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Mertin das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als wir über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten sprachen, hatte ich kritisiert, dass die schriftliche Rede so spät kam.

Herr Staatsminister, ich möchte heute positiv herausstellen, dass Ihre Rede gestern um 16:15 Uhr vorlag. Ich war zufällig da. Deswegen habe ich es auch mitbekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden heute hier in unserem Parlament über den Nachtragshaushalt, der notwendig wird, um die Beschlüsse, die auf Bundesebene im Rahmen des sogenannten Konjunkturpakets gefasst worden sind, umzusetzen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass hierzu auch Beschlüsse des Bundesrats notwendig waren. Ich möchte die Gelegenheit heute wahrnehmen, für meine Fraktion festzustellen, dass es die FDP war, die im Bundesrat Verantwortung wahrgenommen hat, um dieses Konjunkturpaket zu ermöglichen.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Kollege Pörksen, ich erwähne das deshalb, weil eine andere Partei, die nicht in diesem Parlament vertreten ist, vorher großspurig angekündigt hat, auf die FDP

komme es im Bundesrat nicht an; denn sie werde in den zwei Landesregierungen, an denen sie beteiligt sei, dafür sorgen, dass dies so beschlossen werde. Am Tag des Herrn, als die Hand gehoben werden sollte, hatten sie sich aber in die Büsche geschlagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall der FDP)

Die FDP hat durchaus Verantwortung wahrgenommen. Sie hat dies aus den Gründen getan, die ich auch bei der Aussprache zur Regierungserklärung dargelegt habe. Vor die Alternative gestellt, es nicht passieren zu lassen und damit auch nicht die positiven Ansätze, die durchaus in einigen Punkten in diesem Konjunkturpaket enthalten sind, zur Wirkung zu bringen oder gar nichts zu machen, hat man sich entschlossen, diese Punkte dann zur Wirkung kommen zu lassen, zumal auch keine Aussicht besteht, angesichts der Mehrheitsverhältnisse großartige Verbesserungen zu erreichen.

Ich möchte das schon an dieser Stelle festgehalten wissen: Diejenigen, die vorher großspurig verkündet haben, sie würden Verantwortung wahrnehmen, waren an dem Tag, als es darauf ankam, in irgendwelchen Büschen verschwunden. Von Wahrnehmung von Verantwortung war jedenfalls nichts zu sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Herr Ministerpräsident, dass man dann den beschlossenen Antrag, der nur deklaratorischen Charakter hatte, aus Ihrer Sicht kritisch betrachtet, kann ich nachvollziehen. Aber unsere Stimmen haben Sie vorher gern mitgenommen, nicht wahr? Das will ich auch noch festhalten. Aber dass Sie das kritisch sehen, entspricht unserer unterschiedlichen Haltung in diesen Fragen. Insofern ist das auch keine neue Sache.

Ich möchte nur für meine Fraktion hier festhalten, dass wir diesen Entschließungsantrag, der dort verabschiedet worden ist, selbstverständlich so verstehen, dass steuerliche Erleichterungen erst infrage kommen, wenn man alles sortiert hat, selbstverständlich auch gewisse steuerliche Dinge, die enthalten sind.

(Ministerpräsident Beck: Stand aber so nicht drin!)

– Herr Ministerpräsident, ich mache das hier für meine Fraktion klar, dass das nur geht, wenn alles auf den Prüfstand gestellt wird.

Ich wiederhole nur das, was ich in der Aussprache zu Ihrer Regierungserklärung gesagt habe, dass die Spielräume – das ist mir bewusst – durch diese Pakete durchaus enger geworden sind und natürlich gegebenenfalls auch abgewartet werden muss, bis wieder Spielräume entstehen. Das sehe ich ein.

Wir halten aber an unserer Grundeinstellung in dieser Frage fest,

(Beifall der FDP)

dass wir es für richtiger halten, diejenigen, die in unserem Land den Wohlstand produzieren, zu entlasten, statt über Programme seitens des Staates zu definieren, was das Richtige ist.

(Beifall der FDP)

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, man hätte vor einem Jahr keinen Ökonomen gefunden. Jedenfalls glaube ich mich aus unserer gemeinsamen Regierungszeit zu erinnern, dass wir uns einig waren, dass, wenn die Zeiten schlecht sind, die Investitionsquote des Landes hoch bleiben muss. Insofern gab es da zwischen uns keine Differenzen, jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern.

Ich nehme es nicht für mich in Anspruch, Ökonom zu sein, aber jedenfalls war das eine Position, die wir durchaus gemeinsam hatten. Ich glaube, es ist auch in der Ökonomie unbestritten, dass in schwierigen Krisenzeiten durchaus auch der Staat gefordert ist. Insofern geschieht hier etwas, was man an dieser Stelle nicht unbedingt als Neuigkeit darstellen muss.

Es stellt jedenfalls keine neue ökonomische Erkenntnis dar, dass der Staat in Krisenzeiten auch gefordert ist. Aber es ist auch eine Erkenntnis aus dieser Krise, dass in Zeiten, in denen die Wirtschaft läuft, die wirtschaftliche Betätigung des Staates nicht unbedingt von Erfolg gekrönt ist. Man muss sich nur die Landesbanken anschauen.

Herr Kollege Hartloff, ich gebe Ihnen recht, was für ein Glück, dass wir sie nicht mehr haben, sonst hätten wir noch ganz andere Belastungen zu schultern. Das sieht man jetzt in Bayern und Baden-Württemberg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie unsere Position zur Steuerentlastung kritisch betrachten, dann betrachte ich Ihre Position zur Haushaltskonsolidierung natürlich auch kritisch und messe sie an dem, was dann geschieht.

Ich werde es wieder wiederholen: Vor der letzten Bundestagswahl hat die SPD und haben auch Sie versprochen: keine Mehrwertsteuererhöhung! – Nach der Bundestagswahl wurde eine Mehrwertsteuererhöhung – sogar noch höher, als die CDU geplant hatte – mit der Begründung eingeführt, man müsse den Haushalt konsolidieren.

(Dr. Schmitz, FDP: So war das!)

Das hat mich zwar gewundert, weil nämlich Herr Eichel Finanzminister war, aber in Ordnung.

Dann schauen wir uns das letzte Jahr an. Das letzte Jahr, das Jahr 2008, war mit einer Nettoneuverschuldung von rund 970 Millionen Euro geplant, ich runde jetzt ab.

Wir haben im letzten Jahr zusätzliche Einnahmen, die natürlich auch aus dieser Mehrwertsteuererhöhung und anderem kommen, von 840 Millionen Euro gehabt. Dann hätte man eigentlich auf eine Nettoneuverschuldung am Jahresende von 130 Millionen Euro kommen müssen,

was schon sehr nahe an einen ausgeglichenen Haushalt kommt, aber eben keinen ausgeglichenen Haushalt bedeutet.

Tatsächlich haben wir aber eine Nettoneuverschuldung in etwa der Höhe wie veranschlagt, nämlich 970 Millionen Euro. Jetzt werden Sie sagen: Wir haben Vorsorge getroffen. Das haben Sie eben dargestellt. Nur, diese Vorsorge ist schlichtweg kreditfinanziert.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Sie haben nur die Kreditfinanzierung in ein anderes Jahr vorgezogen. Eine echte Vorsorge liegt nur dann vor, wenn Sie Mehreinnahmen zurückstellen, die über den Ausgaben liegen. Das ist aber hier nicht der Fall gewesen; denn Sie haben trotzdem mehr ausgegeben, als Sie eingenommen haben.

Um es einmal an einem Beispiel aus einem privaten Bereich klarzumachen, sodass man das vielleicht leichter verstehen kann: Ende des Jahres fängt jeder an, sich gute Vorsätze für das neue Jahr vorzunehmen. Dann haben wir jetzt eine Person X. Diese sagt sich: Im nächsten Jahr will ich es endlich einmal schaffen durchzukommen, ohne mein Konto zu überziehen. – Dann geht er um sein Auto herum, schaut in die Garage und stellt fest: Nächstes Jahr brauche ich neue Winter- und neue Sommerreifen. –

Dann rechnet er grob überschlägig und kommt zu dem Ergebnis: Das wird eng. – Dann denkt er nach: Wie schaffe ich es im nächsten Jahr, das ohne Schulden zu machen? – Er kommt dann auf den genialen Gedanken: Ich überziehe noch schnell im Dezember das Konto um 1.000 Euro, lege es auf dem Sparbuch an, um dann im nächsten Jahr die Summe vom Sparbuch abzuheben und davon die Reifen zu bezahlen in dem Wohlgefühl, keine Schulden gemacht zu haben. –

(Beifall der FDP)

Das stimmt, in dem Jahr hat er keine Schulden gemacht, aber im Jahr davor. Genauso ist die Vorsorge hier zu verstehen.

(Baldauf, CDU: Ertappt!)

Es ist keine echte Vorsorge. Sie verlagern nur den Zeitpunkt, zu dem Sie die Kredite aufnehmen. Das ist nicht unbedingt ein Ausweis für Transparenz und Haushaltsklarheit.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Hartloff, SPD: Insgesamt sind es weniger Kredite!)

– Herr Kollege Hartloff, Sie sagen, insgesamt seien es weniger Kredite. Das weiß ich nicht, wenn Sie 970 Millionen Euro einplanen. Sie haben 840 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen. Eigentlich müssten Sie dann mit 130 Millionen Euro wegkommen. Tatsächlich machen Sie 970 Millionen Euro Schulden. Also haben Sie doch deutlich Kredite aufgenommen, um in diesem Jahr – ich komme jetzt auf mein Hütchenspiel von der letzten oder vorletzten Haushaltsrede – einmal das Hütchen hochzuheben, vor dem „Geld“ steht. Das Hütchen, vor dem

„Schulden“ steht, bleibt dann verschlossen. Herr Kollege Hartloff, wissen Sie, das ist nur hin und her geschoben. Dann wird das Hütchen aufgehoben, das gerade passt. Es ist Fakt, dass diese Rücklage kreditfinanziert ist und nicht sauber aus Mehrerlösen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden über ein Paket für unser Land von rund 550 Millionen Euro, rauf oder runter. Wie viel es wirklich kosten wird, wissen wir erst, wenn die Zinsenabrechnung kommt. Lassen wir es, das brauchen wir jetzt nicht spitz auszurechnen.

Fakt ist, dass wir aber im Jahr 1,2 Milliarden Euro für Zinsen und Tilgung ausgeben. Das ist doppelt soviel, wie eigentlich das Konjunkturprogramm für unser Land ausmacht. Diese Zahlen machen deutlich, wie groß unsere Handlungsspielräume wären, wenn es gelänge, in den nächsten Jahren sukzessive diese Zinstragungslast herunterzudrücken, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Ich räume gern ein, dass man das nicht von einem Tag auf den anderen schafft, aber man schafft es auch nicht, indem man die Möglichkeiten, die es gibt, nicht nutzt. Das ist im letzten Jahr geschehen, weil die Mehreinnahmen für andere Dinge verauslagt und nicht zur Schuldentilgung benutzt worden sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einige kurze Ausführungen zu dem machen, was dann hier beschlossen wird.

Herr Finanzminister, Sie haben dargestellt, dass Sie dies mit einem Sonderfonds erreichen wollen. Dies ist aus Sicht meiner Fraktion durchaus vernünftig, da auf diese Weise gegenüber dem Bund am besten dargelegt werden kann, wohin das Geld geflossen ist.

Herr Kollege Baldauf, Sie haben soeben gefordert, dass die Kommunen weitestgehend in der Lage sein sollen zu entscheiden, wie das Geld ausgegeben wird. Ich wundere mich eigentlich, dass diese Position von der CDU auf Bundesebene nicht so beschlossen worden ist. Die Große Koalition hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, in dem ziemlich präzise dargelegt wird, wofür das Geld auszugeben ist. Darin ist des Weiteren festgelegt, dass dies das Land zu überwachen hat und auch dafür haftet, dass es so geschieht. Was soll denn das Land anders tun? –

Anstatt heute Ihre Forderung aufzustellen, hätten Sie besser vorher bei Frau Merkel angeklopft und dafür gesorgt, dass der Spielraum für die Kommunen aufrechterhalten wird. Wenn aber auf Bundesebene beschlossen wird, dass das Geld weitestgehend in den Bildungssektor fließen soll, muss das Land irgendwie sicherstellen, dass es auch dort ankommt. Dies lässt sich leider nicht anders machen, als in gewisser Weise Festlegungen zu treffen, wenngleich die Kommunen

selbstverständlich die Freiheit haben sollten, dies auch zukünftig selbst zu entscheiden.

Aber eines wird dieses Paket bei den Kommunen auf keinen Fall lösen, nämlich den Instandhaltungsrückstau, den es in hohem Maße bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen, also insbesondere bei den Schulträgern, gibt. 550 Millionen Euro werden im Land sehr schnell versickern, und sie werden bei Weitem nicht ausreichen, das wettzumachen, was sich in den letzten Jahren aufgestaut hat. Dies erhält deshalb auch weiterhin die Verpflichtung aufrecht, zukünftig dafür zu sorgen, dass sowohl die kreisfreien Städte als auch die Landkreise von ihrer Einnahmensituation her in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben als Schulträger überhaupt erfüllen zu können. Dies können weder sie noch das Land allein lösen. Dafür bedarf es einer neuen Verteilung der Finanzströme, was auf Bundesebene zu regeln ist.

So, wie es derzeit aussieht, werden aber weder die kreisfreien Städte noch die Landkreise jemals in die Lage kommen, letztendlich die Aufgaben zu erfüllen, die sie wahrzunehmen haben. Das, was wir heute beschließen, wird nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Deshalb sollten wir die Erwartungen nicht zu hoch hängen. Ich habe viele Presseberichte gelesen, was in den Kommunen vor Ort diskutiert wird und welche Maßnahmen plötzlich mit dem Geld realisiert werden sollen.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ich hoffe, die Entscheidungen, die wir heute in diesem Parlament treffen, führen nicht zu allzu großen Enttäuschungen vor Ort; denn all das, was man sich vor Ort vorstellt, wird letztlich nicht genügen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich habe für meine Fraktion zugesagt, dass wir im Interesse einer schnellen Wirksamkeit des Konjunkturprogramms ein zügiges Verfahren in diesem Parlament ermöglichen werden. Ich stelle für meine Fraktion fest, dass wir diese Zusage auch einhalten werden. Wir werden in der nächsten Woche im Haushalts- und Finanzausschuss sehr zügig beraten und werden am Donnerstag endgültig den Nachtragshaushalt beschließen. Insofern hoffe ich, dass die Ziele, die mit diesem Konjunkturprogramm – bei aller Kritik, die wir daran äußern – verbunden sind, im Interesse unseres Landes erfolgreich sein werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein Wort vorneweg: Ohne die

Zwischenrufe von Herrn Ramsauer fehlt mir direkt etwas. Wenn er irgendwo im Haus zu finden ist, würde ich mich freuen, wenn er den einen oder anderen Zwischenruf machen würde. Das belebt die Diskussion. Herr Minister, auch von der Regierungsbank muss man sich als Abgeordneter durchaus den einen oder anderen Zwischenruf gefallen lassen. Insofern glaube ich, dass es falsch war, mit dem Finger auf die Abgeordneten zu zeigen.

Ich möchte daran anknüpfen, was Herr Mertin soeben über die Vorträge von Herrn Finanzminister Deubel im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und im Haushalts- und Finanzausschuss ausgeführt hat, wo er stundenlang berichtet und einem am Schluss der Kopf schwirrt. Vorträge, die man wie heute der Presse entnehmen kann, werden seitens der Journalisten als Verdummungsversuche wahrgenommen.

Ich möchte, wie es Herr Mertin schon getan hat, ebenfalls den Versuch unternehmen, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in einfachen Zahlen noch einmal klarzumachen, worum es eigentlich geht und was wir beschließen. Natürlich geht es um das Konjunkturpaket II, das für die Jahre 2009 und 2010 mit 312,5 Millionen Euro zusätzlichen Ausgaben im Haushalt stehen wird. Aber es geht auch in allererster Linie darum – und dies sollten wir nicht kleinreden –, dass wir die schon bei der Aufstellung und bei der Verabschiedung des Haushaltes im letzten Jahr absehbaren Steuerminderausgaben berücksichtigen müssen. Dies sind wesentlich höhere Beträge; denn dabei geht es um 470 Millionen Euro im Jahr 2009 bzw. um 760 Millionen Euro im Jahr 2010. Dies bedeutet, im Delta reden wir über Beträge, die wir gegenfinanzieren müssen, und zwar über einen Betrag von 780 Millionen Euro in diesem Jahr und von über 1 Milliarde Euro im nächsten Jahr.

Es ist natürlich einfach, zunächst einmal die 234 Millionen Euro vom Bund zu nehmen. Herr Minister Deubel hat soeben deutlich gemacht, dass es in diesem Jahr 460 Millionen Euro und im kommenden Jahr 500 Millionen Euro neue Schulden geben wird, über die wir als Parlament zu befinden haben. Dabei gehört aber auch zur Wahrheit – Herr Mertin hat es soeben angesprochen –, dass 90 Millionen Euro der Gegenfinanzierung in diesem Jahr und 250 Millionen Euro im kommenden Jahr die Aktivierung von Kreditermächtigungen darstellen, die dieses Parlament in der Vergangenheit gegeben hat.

Dies bedeutet im Kern, wenn wir nur den Kernhaushalt betrachten und nicht den Konzernhaushalt, aktivieren wir mit diesem Doppelhaushalt und mit diesem Nachtragshaushalt Kreditermächtigungen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro als zusätzliche Schulden. Bei dieser Zahl muss man schon einmal kurz die Luft anhalten; denn all diese Schulden, die wir heute aufnehmen, ob wir sie nun Entnahmen aus Rücklagen oder Nettokreditaufnahmen nennen – semantisch ist das Finanzministerium immer auf der Höhe der Zeit –, werden den kommenden Generationen aufgebürdet. Im Kern müssen also diese 1,3 Milliarden Euro, die wir brauchen, um den Nachtragshaushalt 2009/2010 gegenzufinanzieren, die kommenden Generationen zurückzahlen. Vielleicht hat man

Ihnen in der Fraktion etwas anderes erzählt, aber das ist das Geld, über das wir reden.

Ich bin dem Landesrechnungshof sehr dankbar, dass er aktuell im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen seinen Bericht über die Prüfung der vergangenen Haushaltsjahre vorgestellt hat, in dem deutlich wird, dass die Regierung Beck bzw. Herr Ministerpräsident Beck die Krone als Schuldenkönig in Deutschland trägt. Anstatt in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen einen Haushaltsausgleich zu schaffen, anstatt im vergangenen Jahr Rücklagen zu bilden, ohne dabei neue Schulden zu machen – das ist schließlich möglich; andere Bundesländer haben es uns vorgemacht –, müssen wir auch die Steuerausfälle und das Konjunkturpaket in diesem Jahr aus neuen Schulden finanzieren.

Ich zitiere ausdrücklich aus dem Bericht des Rechnungshofs, der feststellt, „dass der hohe Kreditbedarf bis Ende 2007 zu einer Gesamtverschuldung von 27,4 Milliarden Euro führte.“ – Ich sage Ihnen die Zahl noch einmal, 27,4 Milliarden Euro! – „Der Schuldenstand hat sich somit gegenüber dem Jahr 1994 mehr als verdoppelt. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes lag mit 6.348 Euro um fast 25 % über der aller Flächenländer.“

Dies bedeutet freilich nicht, dass es nicht auch Flächenländer gibt, deren Pro-Kopf-Verschuldung deutlich unter 2.000 Euro liegt. Aber ich denke, man muss sich nicht immer unbedingt am Durchschnitt orientieren, und erst recht nicht muss man den Durchschnitt nach oben treiben, indem man hinsichtlich der Verschuldung an der Spitze aller Flächenländer liegt.

Ich wiederhole noch einmal, der Rechnungshof schreibt uns ins Stammbuch, dass sich der Schuldenstand gegenüber dem Jahr 1994 mehr als verdoppelt hat. Herr Ministerpräsident, was war im Jahr 1994? – Damals fand der Regierungswechsel statt, und damals haben Sie in Rheinland-Pfalz das Ruder übernommen. Herr Kollege Baldauf hat es bereits angesprochen. Das heißt, Herr Ministerpräsident, Sie haben so viele Schulden gemacht wie alle Ministerpräsidenten vorher zusammen: Wilhelm Boden, Peter Altmeier, Helmut Kohl, Bernhard Vogel, Carl-Ludwig Wagner und Rudolf Scharping haben zusammen weniger Schulden gemacht als Sie allein. – Es steht 6 : 1!

Alles, was an der Finanzpolitik der Regierung Beck noch einwandfrei ist, ist die Semantik. Herr Minister, wenn man auf Seite 3 der „FAZ“ von gestern liest, dass unser Land als Erlebniswelt für Finanzjongleure gefeiert wird, sind Sie weniger der Problemlöser als vielmehr das Problem der Regierung Beck selbst.

(Beifall der CDU)

Wir geben mit diesem Nachtragshaushalt Geld für Infrastruktur. Wir geben Geld für die Kommunen.

Ich möchte an dieser Stelle – das sei mir gestattet – noch einmal daran erinnern, dass wir vor acht Wochen, als es darum ging, den ordentlichen Haushalt 2009/2010 zu verabschieden, als CDU-Oppositionsfraktion eine Vielzahl von Anträgen dazu gestellt haben. Während wir sehr offen mit Ihren Anträgen umgegangen sind, wir

geprüft haben, was richtig ist, was vernünftig ist, was das Land weiterbringt, was wir ablehnen müssen, und entsprechend abgestimmt haben, hat diese Offenheit bei Ihnen gefehlt. Dem einen Antrag von Ihnen haben wir zugestimmt, den anderen Antrag von Ihnen haben wir abgelehnt.

Es ist angesprochen worden, dass wir beispielsweise bei der Erhöhung des Bürgerschaftsrahmens auf Ihrer Seite waren.

Umgekehrt ist es so, dass all die guten Anregungen, die wir als Oppositionsfraktion in den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres vor noch nicht einmal drei Monaten eingebracht haben, samt und sonders abgelehnt worden sind. Mehr Geld für die Kommunen war da auch schon vorgesehen, und zwar nicht nur über das Konjunkturpaket II, sondern nachhaltiges Geld.

Wären Sie damals unseren Anträgen gefolgt, hätten wir über die Erhöhung des Verbundsatzes regelmäßig den Kommunen die Mittel gegeben, die sie dringend brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Natürlich war das ein Konjunkturprogramm, wenn wir gefordert haben, dass wir Mittel für DSL, Straßenbau und Schulbau brauchen.

(Hartloff, SPD: Das ist wiederum Sparprogramm!)

Das heißt nicht, dass das Konjunkturpaket heute falsch wäre, im Gegenteil. Die Kommunen brauchen jetzt schnell Hilfe. Da sind wir uns über alle Fraktionen hinweg einig.

Aber – da bin ich ganz bei dem Kollegen der FDP-Fraktion – wir müssen nachhaltig Politik machen. Es reicht nicht nur, ein Konjunkturpaket aufzulegen. Das kann nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen das Konjunkturpaket schnell, unbürokratisch, ohne Ansehen des Parteibuchs. Wenn ich immer in dem Rundschreiben lese, nach pflichtgemäßem Ermessen wird das Ministerium entscheiden, dann kribbelt es in mir immer so ein bisschen. Dann denke ich, hoffentlich wird das pflichtgemäße Ermessen auch so ausgeführt, dass das Parteibuch keine Rolle spielt, sondern die Prioritätenlisten der Kommunen umgesetzt werden.

Herr Ramsauer, ich freue mich, Sie zu sehen.

(Ramsauer, SPD: Ich höre, Sie brauchen Zwischenrufe!)

– Immer, gerne.

Insofern, schnell, unbürokratisch und ohne Ansehen des Parteibuchs muss dieses Konjunkturprogramm umgesetzt werden.

Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, das sind Maßnahmen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre abgerechnet, vergeben und gebaut sein müssen. Das heißt, im Kern geht es nur um vergabereife Projekte, die überhaupt durch dieses Konjunkturprogramm gefördert werden können. Das sind Projekte, die schon längst in den Schubladen der Kommunen liegen, weil sie dringlich

sind, aber die Möglichkeiten der Kommunen nicht vorhanden waren, sie zu finanzieren.

Die Kommunen waren außerstande, diese dringend wichtigen Maßnahmen umzusetzen. Insofern ist das Konjunkturpaket ein erster Schritt.

Was wir brauchen, ist eine gerechte und dauerhafte Finanzierung der Kommunen. Das ist der Verfassungsauftrag, den uns die rheinland-pfälzische Landesverfassung mitgegeben hat. Das bleibt auch Ihre Hausaufgabe.

Insofern freue ich mich auf die Haushaltsberatungen. Wir als Opposition sind in der etwas verzwickten Lage, dass auf der einen Seite endlich eine Öffentlichkeit dafür entsteht, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Kurt Beck in erster Linie mit Tricks und Täuschereien versucht, den Haushalt verfassungskonform zu halten. Aber wir sind auch in der Situation, dass wir erstmals ansatzweise bei diesem Nachtragshaushalt, weil es um Geld für die Kommunen und Infrastruktur geht, Wichtiges erkennen können. Insofern wird viel von den Haushaltsberatungen abhängen, die wir in der nächsten Woche zügig durchführen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar Anmerkungen.

Herr Baldauf, Sie hatten uns empfohlen, dass wir quasi in einer militärischen Struktur die Mittel verteilen sollten. Ich glaube, es ist für ein demokratisches Staatswesen nicht das Angemessene, wenn wir im Parlament über solche Sachen reden. Dass es schnell gehen soll: ja. Auch da ist das Land vorbildlich; denn – wie Sie dem Begleitgesetz entnehmen können – wir stellen klar, dass die Kommunen und die Kreise keine Nachtragshaushalte aufstellen müssen, sondern es im späteren Haushaltsvollzug, in der Haushaltsrechnung darstellen.

Das ist tatsächlich eine Entschlackung. Das ist Entbürokratisierung, und es sorgt dafür, dass in den bewährten Strukturen der Parlamente und derer, die es entscheiden, vorgegangen werden kann. Ich glaube, wir zeichnen uns aus, dass wir im System richtig handeln.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Anmerkung. Herr Schreiner,

(Schreiner, CDU: Ja!)

Sie haben in der bekannten Weise lamentierend über Verschuldung im Haushalt gesprochen. Wir hatten die

Haushaltsdebatte zum Gesamthaushalt. Da waren Ihre Hauptvorschläge, wie man entschulden könnte, die Streichung des Pensionsfonds und der Mittel, die dafür aufgewendet werden. Das war der größte Brocken.

Wir haben eine unterschiedliche Auffassung, wie man hier Vorsorge betreiben soll. Ich halte es nach wie vor für sinnvoll und für notwendig, dass wir den Pensionsfonds haben und die Mittel entsprechend ausweisen. Viele Länder machen es uns nach, weil es zukunftsweisend ist. Es ist ein richtiger Weg.

Natürlich wäre es schöner, wenn wir mehr Geld hätten. Aber ein Satz hat mich bei Ihrer Rede neben manchem, was es nicht lohnt, dass man darauf eingeht – – –

Sie erzählen uns erst alles über die Verschuldung, und dann kommt die Litanei, Mittel brauchen wir für die Kommunen, Mittel brauchen wir, Mittel brauchen wir. Also, entweder oder.

(Schreiner, CDU: Alles seriös!)

– Alles seriös.

Sie bringen die Verschuldung ganz herunter.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Sie haben dies mit Vorschlägen im Landtag nicht gemacht. Da hilft auch kein Verweis auf andere Länder. Wir gestalten unsere Politik in diesem Parlament, und

mit Ihren Vorschlägen wäre die Verschuldung in unserem Land nicht anders, sondern sie wäre noch höher, als sie heute ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss versöhnlich sein.

Wenn wir das nächste Woche im Haushalts- und Finanzausschuss beraten, dann beraten wir sicher zur Sache das Programm, wie wir dieses Projekt Konjunktur in Gang bekommen und wie wir vielleicht an dem Pakt für Rheinland-Pfalz arbeiten können.

Sie sind alle herzlich eingeladen, daran mitzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Es wird vorgeschlagen, die beiden Gesetzentwürfe an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung, und ich darf Sie zur nächsten Plenarsitzung am 4. März 2009 um 14:00 Uhr einladen.

Ich wünsche allen ein schönes Wochenende.

E n d e d e r S i t z u n g: 11:18 Uhr.